

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 27. März 2018

Unterrichtung

Maßnahmen gegen drohende Diesel-Fahrverbote in den NRW-Städten standen im Mittelpunkt einer Unterrichtung des Landtags durch den Ministerpräsidenten und einer sich anschließenden Debatte. S. 3

G8/G9

Das Abitur nach neun Jahren soll in Nordrhein-Westfalen wieder zur Regel werden. Das sieht ein Gesetzesentwurf der Landesregierung vor, den der Landtag in erster Lesung beraten hat. S. 6

Langzeitarbeitslosigkeit

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniert in NRW. Wie ein Wiedereinstieg ins Berufsleben gelingen kann – darüber berieten die Mitglieder des Arbeitsausschusses mit Sachverständigen. S. 7-9

30 Jahre am Rhein

Vor 30 Jahren wurde der Landtag am Rhein eröffnet. In der Serie zum Jubiläum stellt Landtag Intern das Gebäude in Zahlen vor, von der Fensteranzahl bis zu den Sitzplätzen im Restaurant. S. 16-17



Hoher Besuch Bundespräsident zu Gast im Landtag

Foto: Schälte

30 Jahre **Landtag**
am Rhein 

INHALT



Foto: Schälte

Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit

<u>Was tun, wenn der Einstieg ins Berufsleben nicht gelingt?</u>	S. 7
<u>Standpunkte</u>	S. 8

Aus dem Plenum

<u>Diesel sollen weiterfahren</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Abitur wieder nach neun Jahren</u>	S. 6
Forum	
<u>Bundespräsident Steinmeier zu Gast im NRW-Landtag</u>	S. 10

Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u>	S. 12
<u>Stärkung der Demokratie</u>	S. 13
Aus den Fraktionen	S. 14
Forum	
<u>Der Landtag in Zahlen</u>	S. 16
Gesetzgebung	S. 18
Im Porträt	
<u>Christof Rasche (FDP)</u>	S. 19
Kurz notiert	S. 20

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?
Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW,
Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de
Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2309, 884-2304 (tob), (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Marc Herter (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 22. März 2018, 17 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Diesel sollen weiterfahren

Kontroverse Debatte nach Unterrichtung durch die Landesregierung

21. März 2018 – In einem Punkt waren sich alle einig: Fahrverbote für Dieselfahrzeuge sollen in Nordrhein-Westfalen vermieden werden. Die Landesregierung erklärte, wie sie dieses Ziel erreichen will. Der Opposition reichten die vorgestellten Maßnahmen nicht.

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat in einer Unterrichtung im Landtag dargelegt, wie die Landesregierung die Luftqualität in den Städten verbessern und Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vermeiden will. Die Koalitionsfraktionen begrüßten die Maßnahmen, die Opposition kritisierte sie als unzureichend. Mitdiskutiert wurde ein Antrag der Grünen-Fraktion zum Thema (17/2144).

Hintergrund der Unterrichtung war ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Darin erlaubt das Gericht Städten, in Ausnahmefällen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu erlassen, um die Luftqualität zu verbessern.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sagte, dass Millionen von Menschen aufgrund erhöhter Stickstoffdioxidwerte bei Dieselfahrzeugen besorgt seien um ihre Gesundheit, aber auch um Arbeitsplätze in der Autoindustrie. In der Debatte seien „Maß und Mitte“ gefragt, sagte Laschet, der sich gegen Diesel-Fahrverbote aussprach, da sie „unverhältnismäßig“ und somit „rechtswidrig“ seien. Bund, Land und Kommunen hätten zahlreiche Maßnahmen ergriffen, wodurch sich die Luftqualität verbessert habe. Dazu zählten der Ausbau von Elektro- und Wasserstoff-Antrieben, neue Verkehrskonzepte für Städte und Gemeinden sowie für Bus und Bahn.

Auch **Christian Dahm** (SPD) sprach sich gegen Diesel-Fahrverbote aus und verwies auf die verbesserte Luftqualität: Im Jahr 2017 seien die Grenzwerte für Stickstoffdioxid in Nordrhein-Westfalen in 27 Kommunen überschritten worden, während das im Jahr zuvor noch in 32 Kommunen der Fall gewesen sei. Nötig sei nun aber, dass alle Kommunen die gesetzlich vorgeschriebenen Luftreinhaltepläne einhielten. Die Landesregierung müsse dazu einen detaillierten Maßnahmenkatalog vorlegen, um Fahrverbote zu vermeiden. Ministerpräsident Laschet reagiere allerdings nach der Devise „aussitzen, abwarten, auf gutes Wetter warten“.

Ministerpräsident Laschet habe in seiner Rede versäumt zu sagen, was die Landesregierung über bereits laufende Maßnahmen hinaus unternehmen werde, um Fahrverbote in den Städten zu verhindern, sagte Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke**. Zudem habe der Regierungschef das Diesel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts „uminterpretiert“. Klocke sprach von einer „eigenartigen Rechtsauslegung“. Zur Vermeidung von Fahrverboten seien „verbindliche Hardware-Nachrüstungen“ und die Einführung einer blauen Plakette erforderlich. Klocke sprach zudem die Umweltbelastung durch Flughäfen und die Binnenschifffahrt an.

„Fakten benannt“

Der Ministerpräsident habe „unaufgeregt und jenseits jeglicher Polarisierung Fakten benannt und detaillierte Antworten gegeben“, entgegnete CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. „Wenn Fahrverbote auf Messwerten beruhen sollen, dann sollte klar sein, was die Messstationen wirklich messen“, sagte er. Werden Grenzwerte überschritten, besage dies lediglich, dass „die Summe der verkehrsbedingten Emissionen schädlich“ sei. „Ob Stickoxid aus Dieselaabgasen der Bösewicht ist oder Feinstaub aus Benzinmotoren, wurde gar nicht untersucht“, sagte Löttgen. Dies führe die Forderung nach einem isolierten Dieselfahrverbot ad absurdum.

Die Behauptung, Ministerpräsident Laschet habe keine Maßnahmen empfohlen, sei absurd, sagte **Bodo Middeldorf** (FDP). Vielmehr sei Laschets Erläuterung von Lösungsansätzen die umfassendste in den vergangenen sieben Jahren. Mit Diesel-Fahrverboten würde „der Lebensnerv unseres Landes getroffen“. Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts seien die Anforderungen an alle Beteiligten gewachsen. Fahrverbote

müssten jedoch unter allen Umständen vermieden werden. „Wir appellieren an alle Stadtoberhäupter, sich nicht vorschnell für die Verhängung von Fahrverboten auszusprechen. Unsere Landesregierung wird sie hierbei unterstützen“, erklärte Middeldorf.

„Sie verstehen mittlerweile, dass die Grenzwerte ökologisch radikaler Unsinn waren“, sagte **Dr. Christian Blex** (AfD). Lösungen habe Ministerpräsident Armin Laschet jedoch noch keine gefunden. „Was Sie gesagt haben, war inhaltlich heiße Luft.“ Er habe eine Pseudo-Problemanalyse vorgelegt, ohne irgendwelche Handlungskonzepte, kritisierte Blex. Die Lösung sei ganz einfach – die Grenzwerte müssten hinterfragt und gesenkt werden. Das einzige, das Laschet eingefallen sei, sei die Elektromobilität. Der Elektromotor sei aber kein brauchbarer und vernünftiger Antrieb, der dazu beitragen könne, die zu hinterfragenden Grenzwerte einzuhalten.

tob, zab, ell



Foto: Schälte





Offene Ganztagschule

21.3.2018 – Wie lässt sich der Rechtsanspruch für Kinder auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) in Nordrhein-Westfalen umsetzen? Mit dieser Frage hat sich der Landtag auf Basis eines Antrags der SPD-Fraktion ([17/2164](#)) befasst. Im Koalitionsvertrag sei auf Bundesebene festgelegt worden, dass Grundschulkindern bis zum Jahr 2025 einen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz haben sollten, heißt es im Antrag. Die Große Koalition habe auf Bundesebene zudem Investitionen von 2 Milliarden Euro in die Ganztagsbetreuung angekündigt. „Vor diesem Hintergrund muss das Land Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten, wie der Rechtsanspruch umsetzbar ist.“ Es sei zudem nötig, die Ganztagsbetreuung auch inhaltlich weiterzuentwickeln. Die Landesregierung müsse einen „Ganztagsgipfel“ einberufen und alle beteiligten Akteure – Kommunen, Schulen, OGS-Träger und Elternvertreter – an einen Tisch holen, um frühzeitig für Sicherheit zu sorgen. Der Antrag wurde zur weiteren Be-

ratung an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Entfesselungspaket I

21.3.2018 – Geschäfte in Nordrhein-Westfalen dürfen künftig an acht statt wie bisher an vier Sonntagen im Jahr öffnen. Die Öffnung an Samstagen wird auf 24 Stunden ausgedehnt. Dies sieht das „Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I“ ([17/1046](#), [17/2170](#)) der Landesregierung u. a. vor, das der Landtag in zweiter Lesung verabschiedet hat. Mit dem Entfesselungspaket wird auch die von der rot-grünen Vorgängerregierung eingeführte sogenannte Hygiene-Ampel für Lebensmittelbetriebe wieder abgeschafft. Das Tarifreue- und Vergabegesetz wird novelliert. Zudem soll die Gewerbemeldung durch ein elektronisches Meldeverfahren vereinfacht werden. Für den Gesetzentwurf stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten dage-

gen. Ein Änderungsantrag ([17/2212](#)) und ein Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion ([17/1249](#)) wurden mit Mehrheit abgelehnt, ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ([17/1990](#)) angenommen.

Nationalhymne

21.3.2018 – Die AfD-Fraktion will die dritte Strophe der deutschen Nationalhymne unter besonderen Schutz stellen. Aus diesem Grund solle die Landesregierung im Bundesrat eine Gesetzesinitiative einbringen, „um die dritte Strophe des Liedes der Deutschen von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben in ihrer historischen Überlieferung vom 26. August 1841 als die deutsche Nationalhymne zu normieren und deren Verwendung zu offiziellen Anlässen festzulegen“, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/2148](#)). Hintergrund: Die Gleichstellungsbeauftragte des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend habe Medienberichten zufolge angeregt, die Wörter „Vaterland“ und „brüderlich“ gegen „Heimatland“ und „couragiert“ auszutauschen. Der Antrag wurde in namentlicher

Verpflichtet

21.3.2018 – Landtagspräsident André Kuper hat mit Inge Blask ein neues Mitglied des 17. Landtags verpflichtet. Der Präsident beglückwünschte die Abgeordnete und betonte: „Auf gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.“ Die SPD-Politikerin aus Hemer rückt für Svenja Schulze (SPD) nach, die als Umweltministerin in die neue Bundesregierung gewechselt war und ihr Landtagsmandat niedergelegt hatte.





Abstimmung abgelehnt. 174 Abgeordnete waren gegen den Antrag, 14 dafür.

Angriffe mit Stichwaffen

21.3.2018 – Angriffe mit Stichwaffen sollen künftig statistisch erfasst werden. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem entsprechenden Antrag ([17/2162](#)). Sowohl in Polizeikreisen als auch in der Öffentlichkeit sei der Eindruck entstanden, dass der Einsatz von Messern und anderen Stichwaffen vor allem bei jugendlichen Tätern zugenommen habe, heißt es in dem Antrag. Unklar sei aber, ob dies tatsächlich der Fall ist. Für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Kriminalität sei es jedoch unverzichtbar, „dass möglichst sämtliche relevanten Fakten und Hintergründe bekannt sind“. Dies sei wichtig für die Prävention sowie das Training von Polizistinnen und Polizisten. Die Daten könnten in die Polizeiliche Kriminalstatistik oder eine eigene landesweite Statistik aufgenommen werden. Der Antrag sowie ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion ([17/2221](#)) wurden zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

Keime in Gewässern

22.3.2018 – Die Fraktion der Grünen warnt in einem Antrag ([17/2147](#)) vor multiresistenten Keimen in nordrhein-westfälischen Gewässern. In niedersächsischen Bächen, Flüssen und Badeseen seien diese Keime bereits festgestellt worden – darunter in der Hase, die auch durch den Kreis Steinfurt in NRW fließt. Multiresistente Keime könnten zu schweren Erkrankungen führen. „Resistente Erreger und Keime gelangen aus Ställen über Mist, Gülle, Dung und Gärresten auf die Felder und über den Regen auch in unsere Böden und unser Wasser“, heißt es in dem Antrag. Die Landesregierung müsse „gemeinsam mit Kommunen, Kläranlagenbetreibern, Landwirtschaft und Gesundheitswirtschaft eine Gesamtstrategie“ entwickeln, um dem Eintritt gefährlicher Keime in die Gewässer vorzubeugen und wirksame Maßnahmen zur Entfernung ergreifen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

Breitbandausbau

22.3.2018 – Die Fraktionen von CDU und FDP wollen Bürgerbreitband-Projekte fördern. Dies sieht ein Antrag ([17/2156](#)) vor, wonach die Landesregierung Betreiberinnen und Betreibern von Breitbandprojekten möglichst unbürokratisch die Förderung von Materialkosten und technischer Ausrüstung ermöglichen soll. Aktuell verfügten nur 7,1 Prozent der Haushalte in NRW über einen Breitbandzugang. Vor allem ländliche Regionen hätten oftmals einen Standortnachteil im Wettbewerb mit urbanen Zentren. Bürgerinitiativen leisteten einen wichtigen Beitrag, um „bei fehlendem wirtschaftlichen Interesse der Netzanbieter durch gezielte Ansprache, Informationsbereitstellung und Überzeugungsarbeit“ den Ausbau voranzutreiben oder selber in die Hand zu nehmen, heißt es im Antrag. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen angenommen. Entschließungsanträge von SPD ([17/2222](#)) und Grünen ([17/2213](#)) wurden abgelehnt.

Vereidigt

21.3.2018 – Der Landtag hat Dr. Matthias Peter Röhl (M.) auf Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zum Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt. Zu seinem Stellvertreter wählten die Abgeordneten Benno Scharpenberg (l.).

Landtagspräsident André Kuper nahm beiden nacheinander den Amtseid ab. Der Landtag wählt die sieben Mitglieder des Verfassungsgerichts und deren Stellvertreter mit Zweidrittelmehrheit.

Fotos: Schalte



Abitur wieder nach neun Jahren

Landesregierung bringt Gesetzentwurf zu G9 ein

22. März 2018 – Das Abitur nach neun Jahren (G9) soll an den Gymnasien wieder die Regel sein. Dies sieht ein Gesetzentwurf vor, den der Landtag in erster Lesung beraten hat. Die Abkehr vom Abitur nach acht Jahren (G8) wurde von allen Fraktionen unterstützt. Der Entwurf löste dennoch Kritik aus.

Das „Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz / 17/2115)“ sieht vor, dass öffentliche Gymnasien zum Schuljahr 2019/2020 von G8 auf G9 umstellen. Die Umstellung soll die Schülerinnen und Schüler der Klassen 5

damit über Parteigrenzen hinweg einen Fehler gemacht. Zudem sei das G8 durch die damalige schwarz-gelbe Landesregierung im „Eilverfahren“ eingeführt worden. Es sei als „Turboabitur“ verschrien. Daher sei es grundsätzlich richtig, zu G9 zurückzukehren. Ott kritisierte aber die

(FDP). Die Schulen zu einer generellen Rückkehr zu G9 zu zwingen, sei nicht sinnvoll. Die Beteiligten vor Ort wüssten am besten, was für die Schülerinnen und Schüler gut sei. Dies sei ein Schritt hin zu mehr Schulfreiheit. Die Entscheidung, nur bis zur 5. und 6. Klasse den Wechsel zu G9 zu ermöglichen, sei wohlüberlegt. So werde u. a. den Kommunen ausreichend Zeit gegeben, auf den erhöhten Raumbedarf zu reagieren. Die Landesregierung wolle die Städte und Gemeinden bei der Umstellung unterstützen.

Sigrid Beer (Grüne) sagte, es müssten Lehren aus dem Diskurs über die Schulzeit gezogen werden. Es sei nicht gut, Energien in Strukturdiskussionen zu stecken. „Wir sollten Energien in die Entwicklung guter Schule stecken“ sowie in die



Fotos: Schälte

Schulministerin
Yvonne Gebauer (FDP)

Jochen Ott (SPD)

Petra Vogt (CDU)

Franziska Müller-Rech (FDP)

Sigrid Beer (Grüne)

Helmut Seifen (AfD)

und 6 betreffen. Die Schulkonferenz kann einmalig von der Möglichkeit Gebrauch machen, mit mehr als zwei Dritteln ihrer Mitglieder den Verbleib bei G8 zu beschließen. Mitberaten wurde der Antrag „Abitur nach 9 Jahren – (Oberstufen)Reform richtig angehen“ (17/1818) der SPD-Fraktion.

Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) sagte, mit dem Entwurf bringe die Landesregierung acht Monate nach der Landtagswahl eines der großen Gesetzesvorhaben in den Landtag ein und halte Wort. Es werde „der Anfang des Endes einer jahrelangen Debatte“ um das G8 eingeläutet, die die Menschen bewegt habe. Die kritischen Stimmen seien nie verstummt. Dies habe nicht länger ignoriert werden können. Gebauer rechnet derzeit mit einem Mehrbedarf von rund 2.200 Lehrerstellen für die Rückkehr zu G9. Ziel sei, das Gesetz noch vor der Sommerpause zu verabschieden, da die Schulen zügig Klarheit benötigten.

Für die SPD-Fraktion sagte **Jochen Ott**, das Abitur nach acht Jahren sei auf Druck der Wirtschaft beschlossen worden. Die Politik habe

Details des Gesetzentwurfs. So sollte an allen Gymnasien generell G9 eingeführt werden, damit Eltern auch die Klarheit hätten, dass es an allen Schulen dasselbe Angebot gebe.

„Freiheit der Wahl“

„Auf den heutigen Tag haben viele Menschen lange gewartet“, erklärte **Petra Vogt** (CDU). Keine Strukturfrage sei so intensiv diskutiert worden, wie die Frage um G8 und G9. Seit der Einführung von G8 hätten sich die Rahmenbedingungen z. B. durch den Wegfall der Wehrpflicht, die frühere Einschulung und die spätere Rente verändert. Für einen früheren Berufseinstieg durch eine verkürzte Schulzeit bestünde keine Notwendigkeit mehr. Es sei dennoch wichtig, den Schulen die Freiheit der Wahl zu lassen. Bei der Umstellung stehe die Qualität im Vordergrund, daher brauche es ausreichend Zeit dafür.

Der Gesetzentwurf sei ein „Meilenstein und einer der wichtigsten Gesetzentwürfe dieser Legislaturperiode“, sagte **Franziska Müller-Rech**

Entwicklung individueller Lernzeiten und generell in die Qualität von Schule. Der Ganztags solle erhalten bleiben: „Mehr Zeit für Bildung“ sei das „Gebot der Stunde“. Sie kritisierte die geplante Möglichkeit für Schulen, G8 beizubehalten. Dadurch komme keine Ruhe in die Schulen. Die Leitentscheidung an sich sei richtig, sie müsse aber für alle gelten.

Die Schulministerin habe sich dem öffentlichen Druck gebeugt, sagte **Helmut Seifen** (AfD). Noch in der vergangenen Legislaturperiode habe sie die Rücknahme der Schulzeitverkürzung abgelehnt. G8 habe das gründliche Lernen verhindert und sei „pädagogisch, didaktisch, menschlich und gesellschaftlich“ ein vollkommener Fehlgriff gewesen. „Kinder sind keine Leistungsmaschinen.“ Die Verdichtung der Lernzeiten in der Sekundarstufe I sei geradezu schädlich gewesen. Er kritisierte, dass G9 erst im Jahr 2019 wiedereingeführt und das „Experiment G8“ an einzelnen Schulen weitergeführt werden soll.

Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung u. a. an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen. *sam, ell, wib*

Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit

Was tun, wenn der Einstieg ins Berufsleben nicht gelingt?

14. März 2018 – Die Arbeitslosigkeit geht zurück, Löhne steigen und die Beschäftigung ist auf einem Höchststand – dennoch stagniert die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Nordrhein-Westfalen. Wie Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, wieder einen Job finden können, dazu haben sich Sachverständige im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales geäußert.

Grundlage der Anhörung waren zwei Anträge: Die Fraktionen von CDU und FDP stellen in ihrem Antrag (17/1283) fest, dass es in Nordrhein-Westfalen aktuell rund 290.000 Langzeitarbeitslose gebe. Langfristig müsse das Ziel sein, diese Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Für „besonders arbeitsmarktferne langzeitarbeitslose Menschen“ sollten zudem Fördermittel genutzt werden, um ihnen den „Zugang zu Arbeit und Teilhabe“ zu ermöglichen. Dazu sei auch das Finanzierungsinstrument des Passiv-Aktiv-Transfers (PAT) geeignet: Demnach werden Leistungen wie Arbeitslosengeld II, Förderungen für Wohnung und Unterkunft sowie Krankenkassenbeiträge für Langzeitarbeitslose gebündelt, um eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finanzieren.

Die Grünen-Fraktion geht in ihrem Entschließungsantrag (17/1338) davon aus, dass es für langzeitarbeitslose Menschen teilweise „keine absehbare Perspektive auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt“ gebe. Daher müsse „bundesweit ein flächendeckender sozialer Arbeitsmarkt aufgebaut“ werden. Die ehemalige rot-grüne Landesregierung habe dazu Modellprojekte in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Diese Modelle hätten sich bewährt und sollten die konzeptionelle Grundlage für weitere öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse bilden. Finanziert werden könnten diese Modelle teilweise über PAT.

Die Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit präsentierte aktuelle Trends am Arbeitsmarkt: Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen habe im Januar 2018 in Nordrhein-Westfalen bei 41,3 Prozent gelegen. Im Bundesdurchschnitt habe der Anteil nur 33,8 Prozent betragen. Je länger die Langzeitarbeitslosigkeit andauere, „desto geringer ist der Anteil der Abgänge in Beschäftigungen am ersten Arbeitsmarkt“. Die Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit seien „sehr vielfältig“, daher verfolge die Bundesagentur für Arbeit unterschiedliche Ansätze.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund schreibt in seiner Stellungnahme, dass die Grundlagen für die Einführung von PAT in den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD in Berlin geschaffen worden seien. „In NRW könnten so die finanziellen Mittel für bis zu 50.000 Stellen bereitgestellt werden.“ Aber auch bestehende Projekte der öffentlich geförderten Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen und die dazu bereitgestellten Mittel müssten „zukünftig erhalten bleiben“. Dem öffentlichen Sektor falle dabei eine „Schlüsselrolle“ zu. Öffentlich finanzierte Bauvorhaben eigneten sich beispielsweise „hervorragend“ zur Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen – etwa im Garten- und Landschaftsbau oder im Hoch- und Tiefbau.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellte fest, dass auch „sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigung oder ein sozialer Arbeitsmarkt“ nötig seien, um Langzeitarbeitslosigkeit zu begegnen. Entsprechende Maßnahmen müssten „verlässlich“ finanziert werden. „Es sollte allerdings nicht der Eindruck entstehen, das Finanzierungsinstrument des PAT könne eine selbsttragende Finanzierung von vollzeitiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bewerkstelligen.“ Dennoch sei PAT ein wichtiges Instrument, um Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen.

„Teilhabe über Erwerbsarbeit“

Das Institut der Deutschen Wirtschaft geht in seiner Stellungnahme davon aus, dass bisherige Ansätze der Arbeitsmarktpolitik „nur begrenzt Erfolge gezeigt“ hätten. „Ein Grund dafür könnte sein, dass die Mittel der Jobcenter für Eingliederungsleistungen strukturell unterfinanziert sind.“ Seit 2012 seien die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik bundesweit um 386 Millionen Euro gesunken. „Zwar sank auch die Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, dies reichte zur Kompensation aber nicht aus.“ Modellprojekte hätten gezeigt, dass eine individuelle Betreuung von Leistungsempfängern durch Mitarbeitende in Jobcentern die Integration in den ersten Arbeitsmarkt verbessern könne. „Diesen Ansatz gilt es auszubauen.“

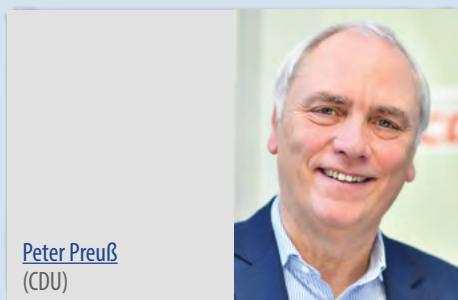
Der Sozialwissenschaftler Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellt in seiner Stellungnahme fest, dass es „Förderketten“ für Langzeitarbeitslose geben müsse, die eine „Schneise“ in den ersten Arbeitsmarkt schlagen. Zudem seien Beschäftigungsangebote nötig, die eine Funktion als „Teilhabe-Arbeitsplätze“ einnehmen. Sie richteten sich an Menschen, „die zum einen Teilhabe über Erwerbsarbeit bekommen möchten, die aber aus welchen Gründen auch immer so weit weg sind von den Anforderungen der Unternehmen, dass sie mittel- und langfristig nicht mehr von dort aufgenommen werden.“ *tob*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit“



Teilhabe am Arbeitsmarkt ...

... ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage: Wer dies geschafft hat, hat die Perspektive, durch fortlaufende Qualifikation auch aufzusteigen und voranzukommen. Den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, eröffnet finanzielle Möglichkeiten und darüber hinaus eine gesellschaftliche Teilhabe für sich selbst und die Familie.

... ist für die Menschen wichtig. Arbeit stiftet Sinn, Identität und muss für ein auskömmliches Einkommen sorgen. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist insgesamt rückläufig. Langzeitarbeitslose profitieren jedoch kaum von der guten Konjunktur. Wir brauchen daher einen sozialen Arbeitsmarkt, um allen Menschen ein Leben in Würde und Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Der erste Arbeitsmarkt ...

... muss auch für langzeitarbeitslose Menschen das Ziel sein. Die Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit liegen oft in multiplen Vermittlungshemmnissen, wie etwa einem fehlenden Schul- oder Berufsabschluss. Durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen soll langzeitarbeitslosen Menschen der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtert werden.

... befindet sich seit Jahren im Aufschwung. Dennoch sind zu viele Menschen schon seit zu langer Zeit ohne Job. Das muss sich ändern. Ziel muss Vollbeschäftigung und der Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit sein. Es ist daher gut, dass im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart ist, dass 4 Milliarden Euro für einen sozialen Arbeitsmarkt für langzeitarbeitslose Menschen bereitgestellt werden.

Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt ...

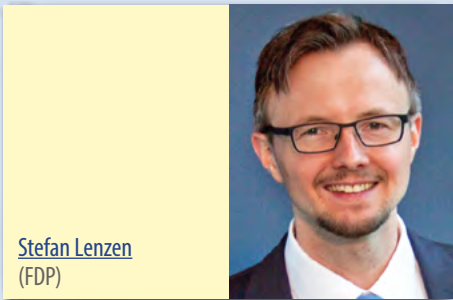
... kann hilfreich für diejenigen langzeitarbeitslosen Menschen sein, für die jede Art der Qualifikation nicht ohne weiteres realisierbar ist. Er ist jedoch kein Allheilmittel gegen Langzeitarbeitslosigkeit und muss immer die Perspektive eröffnen, durch geeignete Maßnahmen eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erreichen.

... muss ein sozialer Arbeitsmarkt sein. Die fast 300.000 langzeitarbeitslosen Menschen in NRW haben oftmals keine Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und müssen ein Leben in Perspektivlosigkeit führen. Deswegen brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt als dauerhaftes Regelangebot für die betroffenen Menschen. Die Angebote müssen passgenau sein und den Lebensumständen der Menschen entsprechen.

Der Passiv-Aktiv-Transfer ...

... und seine Grundidee, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist im Prinzip richtig. Diese Möglichkeit sollte jedoch nur für eine eng begrenzte Gruppe eröffnet werden. Dabei muss genau darauf geachtet werden, in welcher Form und in welchem Umfang der PAT umgesetzt werden kann. Grundsätzlich gilt aber, dass der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt dadurch nicht verschlossen werden darf.

... ist ein wichtiger Baustein für einen sozialen Arbeitsmarkt und wurde im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verbindlich vereinbart. Die Idee dahinter ist, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und damit verbunden „Arbeit statt Langzeitarbeitslosigkeit“ zu finanzieren.

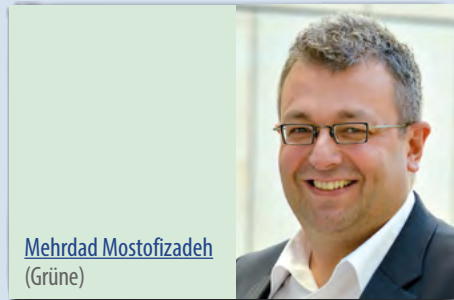


... ist für das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar. Wir wollen Menschen mit einer individuell ausgestalteten Förderung auch aus einer verfestigten Arbeitslosigkeit an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Dazu setzt die FDP vorrangig auf Bildung und Qualifizierung, für die es angepasst an die Möglichkeiten der arbeitslosen Menschen auch zertifizierte Teilqualifikationen braucht.

... ist Ziel der Integration von Langzeitarbeitslosen. Wir wollen Aufstiegsperspektiven durch eigene Leistung eröffnen. Dazu ist eine Neugestaltung der Freibeträge und Anrechnungssätze für eigenes Einkommen im SGB II nötig, um beim Übergang vom Minijob zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch tatsächlich mehr zu verdienen und so die Bedürftigkeit schrittweise verlassen zu können.

... ist Ultima Ratio für diejenigen Langzeitarbeitslosen, die von anderen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik nicht erreicht werden. Dabei sind privatwirtschaftliche Arbeitgeber einzubinden, um eine Förderung an der betrieblichen Realität zu orientieren. Eine Beschäftigung in gesonderten Maßnahmen jenseits des regulären Arbeitsmarktes würde hingegen die Betroffenen in eine Sackgasse führen.

... bildet ein geeignetes Instrument für eine verlässliche Finanzierung. Dazu werden die bereits vorhandenen Finanzmittel von Bund und Kommunen für passive Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft zur aktiven Förderung von Beschäftigung eingesetzt. Für diesen Passiv-Aktiv-Transfer müssen jetzt auf Bundesebene die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.



... muss auch für Menschen ohne Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich sein. Denn der Ausschluss aus Erwerbsarbeit führt zu materieller Armut sowie seelischen Belastungen und erschwert die soziale Teilhabe. Langzeitarbeitslose sollten die Möglichkeit haben, freiwillig eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben, mit der sie ihren Lebensunterhalt sichern können, um dabei Kompetenzen und Selbstbewusstsein aufzubauen.

... ist wesentliche Basis für zukunftsfähige Arbeit, bietet aber trotz guter Konjunktur nicht ausreichend Chancen für langzeitarbeitslose Menschen. Die Arbeitsmarktpolitik muss neu ausgerichtet werden. Die Menschen müssen besser qualifiziert, bessere Beratung und Betreuung durch die Jobcenter müssen ermöglicht werden. Letztere müssen den Freiraum erhalten, individuellere und langfristige Strategien zu entwickeln.

... sollte als „Sozialer Arbeitsmarkt“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen, in denen die Betroffenen betreut werden, um sie in ihrer Beschäftigung zu stabilisieren. Der Wechsel in reguläre Beschäftigung soll dabei jederzeit möglich sein. Als Arbeitgeber sollten privat-gewerbliche Betriebe, gemeinnützige Träger und Kommunen fungieren.

... ist ein Instrument, um durch Förderverschiebung richtigerweise sozialversicherungspflichtige Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Allerdings reichen die von der Großen Koalition angekündigten Mittel nicht aus. Zudem darf diese Umwandlung das seit Jahren unterfinanzierte Eingliederungsbudget für Maßnahmen im Rahmen des SGB II nicht belasten.



... verquickt die Begrifflichkeiten „Teilhabe“ und „Arbeit“. Während Arbeit qua Definition Produktivität voraussetzt, verstehen wir unter Teilhabe vor allem die Teilhabe am sozialen Miteinander. Wer arbeiten geht, hat sicher immer am sozialen Leben teil, aber nicht jeder, der am sozialen Leben teilhat, ist produktiv. Es täte gut, im Diskurs beides voneinander zu trennen.

... sollte für das Gros der Bevölkerung der Ort des beruflichen Wirkens sein. Technischer Fortschritt und Digitalisierung haben viele einfache Tätigkeiten überflüssig gemacht. Man könnte beispielsweise bei mittelständischen Unternehmen die Abgabenlast mindern, damit sie als Arbeitgeber auch wieder jemanden beschäftigen, dessen Arbeitskraft nicht ausschließlich an Effizienz gemessen werden kann.

... ist nichts Neues und als Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit kaum wegzudenken. Allerdings sind bei den erfolgreichen Projekten die Erfolgsquoten ernüchternd gering. Dieses Instrument behandelt die Symptome, löst aber nicht das Problem. Um künftige Kohorten Arbeitsloser zu verhindern, müssen wir die Werte einer humanistischen Leistungsgesellschaft wieder in den Vordergrund rücken.

... wird vermutlich nicht den gewünschten Wandel bringen. Es ist immer besser, Mittel in die Aktivierung von Langzeitarbeitslosen zu stecken, als sich auf das reine Zahlen von Hilfen für den Lebensunterhalt zu beschränken. Aber wie die Konrad-Adenauer-Stiftung schon prognostiziert hat, werden für den Betreuungsapparat zusätzliche Kosten entstehen. Ob die neuen geförderten Arbeitsplätze mehr Erfolg bringen, ist hingegen ungewiss.

Bundespräsident Steinmeier zu Gast im NRW-Landtag

12. März 2018 – Hoher Besuch im Landtag: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat seinen Antrittsbesuch beim nordrhein-westfälischen Landesparlament nachgeholt. Ursprünglich war der Empfang bereits für November vergangenen Jahres vorgesehen. Er musste damals aber wegen der Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung kurzfristig verschoben werden.



Landtagspräsident André Kuper und seine Frau Monika Kuper verabschieden Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dessen Ehefrau Elke Büdenbender.
Fotos: Schälte

Der erste Termin des Tages hatte Steinmeier und seine Ehefrau Elke Büdenbender in die Staatskanzlei geführt. Beide sind gebürtige Nordrhein-Westfalen – er stammt aus Detmold im Kreis Lippe, sie aus Weidenau im Kreis Siegen. Anschließend ging es zu Fuß zum nahegelegenen Landtag. Punkt 11.15 Uhr trafen beide gemeinsam mit Ministerpräsident Armin Laschet und dessen Frau Susanne Laschet am Landesparlament ein. Landtagspräsident André Kuper und seine Ehefrau Monika Kuper begrüßten die Gäste am Haupteingang.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Ich freue mich, dass Sie mit Ihrem Besuch hier im Landesparlament Nordrhein-Westfalens einen Ort der politischen Kultur und der Auseinandersetzung nicht nur mit

Worten würdigen, sondern durch direkte Begegnung besuchen.“ Weiterhin betonte er: „Mit Ihrem Besuch im Landtag geben Sie ein wichtiges Zeichen. Ein Zeichen, sich für dieses demokratische und föderale Fundament einzusetzen und für die Demokratie und den Pluralismus zu kämpfen.“

Eintrag ins Gästebuch

Der Bundespräsident und seine Ehefrau trugen sich in das Gästebuch des Landtags ein. Im Anschluss fand im Empfangsraum des Parlaments ein Gespräch mit den Gästen aus Berlin statt. Neben Präsident Kuper und Ehefrau Monika Kuper sowie dem Ehepaar Laschet nahmen auch die Vizepräsidentin-

nen Carina Gödecke und Angela Freimuth, Vizepräsident Oliver Keymis, die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Petra Vogt, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Norbert Römer, der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Henning Höne, der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Arndt Klocke, AfD-Fraktionsvorsitzender Markus Wagner sowie die Direktorin beim Landtag, Dorothee Zweifelhoffer, teil. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Stärkung der Demokratie und die Bedeutung spezieller Besuchsprogramme für Schülerinnen und Schüler, um ihnen die parlamentarische Arbeit nahezubringen.

Im Anschluss an das Gespräch zeigte Landtagspräsident Kuper den Gästen den Plenarsaal.



Landtagspräsident André Kuper (Bild links, l.) führt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in den Empfangsraum; der Bundespräsident im Gespräch mit Besucherinnen und Besuchern des Landtags (Bild Mitte); der Bundespräsident und seine Frau mit dem Landtagspräsidenten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen.



Stationen von Düsseldorf bis Duisburg-Marxloh

12./13. März 2018 – Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat während seines zweitägigen Antrittsbesuchs in Nordrhein-Westfalen ein dichtes Programm absolviert. Begleitet wurde er von seiner Ehefrau Elke Büdenbender.

Der Bundespräsident begrüßte dort rund 170 Kinder und Jugendliche, die an der Auftaktveranstaltung für die diesjährige „Tour der Begegnung“ im Landtag teilnahmen. Er freute sich, dass sich die Kinder und Jugendlichen für Politik interessierten, sagte die Staatsoberhaupt. Die Veranstaltungsreihe des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) ist Teil einer Kampagne zum Thema Inklusion mit dem Titel „Begegnung für alle“, die das Ziel hat, gesellschaftliche Inklusion im Rheinland zu verbreiten und zu stärken.

Steinmeier und seine Frau nahmen sich aber auch die Zeit, um mit Besucher- und Schülergruppen im Landtag zu sprechen – bevor die nächsten Termine im Rathaus der Landeshauptstadt anstanden.

Ministerpräsident Armin Laschet und seine Frau Susanne Laschet hatten das Staatsoberhaupt am Montag, 12. März 2018, vormittags am Flughafen Düsseldorf begrüßt. Der erste Termin führte anschließend in die Staatskanzlei. Dort standen u. a. der Eintrag ins Gästebuch der Landesregierung sowie Begegnungen mit dem Kabinett an.

Weiter ging es zum Landtag (siehe nebenstehenden Bericht), danach zum Empfang im Düsseldorfer Rathaus. Nachmittags war die Delegation im Werkzeugmaschinenlabor der RWTH Aachen und beim Elektrofahrzeugeentwickler e.GO Mobile AG auf dem Aachener Campus zu Gast. Das Besuchsprogramm am Montag endete mit einer Besichtigung des Doms und einem Empfang im Aachener Rathaus.

Das Programm am Dienstag, 13. März 2018 (in Auszügen): vormittags Besuch der Städtischen Katholischen Grundschule in Duisburg-Marxloh mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Joachim Stamp; Gesprächsrunde zur sozialräumlichen Situation in Marxloh; Besichtigung einer „Schrottimobilie“ in Marxloh und Gespräch über die Situation des Einzelhandels vor Ort; anschließend Besichtigung des Polizeipräsidiums Dortmund mit Innenminister Herbert Reul sowie Gespräche mit jungen Polizistinnen und Polizisten u. a. zur Polizeiarbeit in Problemvierteln; Besuch der Stadt Altena und Gespräche mit Flüchtlingsfamilien und ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern; Empfang bei der Bezirksregierung in Arnsberg.



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Inklusion

7.3.2018 – Um Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung ging es bei einer Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Grundlage war ein Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, das 2017 in Kraft getreten ist. Laut Gesetzentwurf der Landesregierung (17/1414) sollen der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) in Nordrhein-Westfalen als Träger für Eingliederungshilfen zuständig sein. Diese Hilfen sollen Menschen mit Behinderung beispielsweise die Teilhabe am Arbeitsleben sowie eine angemessene Schul- und Berufsausbildung erleichtern. Allerdings sind im Gesetzentwurf auch Ausnahmen bei den Zuständigkeiten vorgesehen: Bis zum Ende der Schulzeit sollen die Kreise und kreisfreien Städte die Trägerschaften für Eingliederungshilfen übernehmen. Bei Kindern bis zu sechs Jahren, die Kindertageseinrichtungen besuchen, sollen wiederum die Landschaftsverbände zuständig sein. Der LVR bemängelte einen „Zuständigkeitswirrwarr“ im Gesetzentwurf. Sinnvoller sei es, wenn die beiden Landschaftsverbände grundsätzlich für alle Leistungen der Eingliederungshilfe zuständig seien. Dafür sprachen sich auch die Freie Wohlfahrtspflege, der Sozialverband Deutschland sowie Betroffenenverbände aus. Der Landkreistag sowie der Städte- und Gemeindebund begrüßten dagegen, dass im Gesetzentwurf „die örtliche Ebene zum zuständigen Träger der Eingliederungshilfe für Leistungen an Kinder und Jugendliche“ erklärt wird.

Aktuelle Viertelstunde

15.3.2018 – In einer Aktuellen Viertelstunde hat sich der Innenausschuss mit Gewaltaufrufen von Kurden gegen türkische Einrichtun-

gen sowie Ausschreitungen bei einer Kurden-Demonstration in Düsseldorf befasst. Es lagen Anträge der Grünen-Fraktion („Aufruf zu Anschlügen von kurdischer Organisation“) und der AfD-Fraktion („Unangemeldete und zum Teil gewalttätige Kurden-Demonstrationen am 11. März 2018 im Düsseldorfer Flughafen und am Hauptbahnhof“) vor. Hintergrund der Vorkommnisse sei offenbar die türkische Militäroffensive gegen kurdische Gebiete in Syrien, teilte Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) mit. Die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK rufe deshalb seit März im Internet europaweit zu Anschlügen auf türkische Einrichtungen auf. Die Gewaltbereitschaft unter kurdischen Jugendlichen sei gestiegen, sagte Reul. Darauf seien die Sicherheitsbehörden aber vorbereitet gewesen. Die Polizei habe vorausschauend geplant und die Situation „permanent im Blick“. Man lasse nicht zu, dass auswärtige Auseinandersetzungen in Deutschland ausgetragen werden. Die Polizei habe in Düsseldorf „klug und unverzüglich reagiert“.

Digitale Modellkommunen

15.3.2018 – Wirtschaftsminister [Prof. Dr. Andreas Pinkwart](#) (FDP) hat im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation über den Planungsstand des Projekts „Digitale Modellkommunen“ in Nordrhein-Westfalen berichtet. Ziel des Projekts sei u.a., digitale Bürger- und Gewerbeämter einzurichten, die den Gang zu Behörden vor Ort ersetzen könnten. Zudem sollen digitale Projekte zur Stadtentwicklung umgesetzt werden, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Mobilität und Wohnen. Das Projekt solle zunächst in Aachen, Gelsenkirchen, Paderborn, Soest und Wuppertal sowie Ostwestfalen-Lippe mit Paderborn als Leitkommune umgesetzt werden, sagte Pinkwart. Die Landesregierung fördere die teilnehmenden Kommunen und Regionen mit 91 Millionen Euro. Aktuell wür-

den dazu Förderrichtlinien erarbeitet. Es sei davon auszugehen, dass die ersten Projektanträge im Mai oder Juni 2018 eintreffen. Sprecher der Fraktionen von SPD, den Grünen und AfD kritisierten, dass Förderrichtlinien längst vorliegen müssten, damit alle Fördergelder in diesem Jahr abgerufen werden könnten.

Folgen des Brexit für NRW

16.3.2018 – Friedrich Merz, der Brexit-Beauftragte der Landesregierung, hat im Ausschuss für Europa und Internationales auf Fragen der Abgeordneten zu den Folgen des Brexit für Nordrhein-Westfalen geantwortet. Merz erläuterte, dass, ökonomisch betrachtet, der Austritt Großbritanniens dem Austritt von 19 der 28 Mitgliedsstaaten gleichkäme. Für kein anderes Bundesland habe er so weitreichende Folgen wie für Nordrhein-Westfalen. Für den Industriestandort NRW mache der Außenhandel mit Großbritannien rund 10 Prozent aus, sagte Merz. Banken und Unternehmen bereiten sich bereits auf den schlimmsten Fall vor: Sollten bis März 2019 keine Vereinbarungen mit der EU getroffen werden, würde Großbritannien z. B. komplett aus dem europäischen Binnenmarkt und der Zollunion ausscheiden. Dann gebe es wieder Grenzen und Zölle in Europa. Gleichzeitig sei es schwierig, schon konkrete Maßnahmen zu ergreifen, da es noch keine solchen Vereinbarungen gebe. Merz betonte, er habe die Hoffnung, dass der Brexit doch abzuwenden sei, noch nicht aufgegeben. Nach heutigen Erkenntnissen würde bei einem zweiten Referendum in Großbritannien gegen den Brexit gestimmt werden. Die deutsche Bundesregierung und vor allem auch die EU müssten der britischen Regierung Brücken bauen – das könne die Landesregierung nur im geringen Maße. Die Abgeordneten stellen viele Nachfragen. Das Gespräch soll in einer weiteren Ausschusssitzung fortgesetzt werden.

Stärkung der Demokratie

Sachverständige äußern sich zum Thema „politische Bildung“

15. März 2018 – Der Auftrag der britischen Militärregierung bei der Gründung der Landeszentrale für politische Bildung 1946 lautete „selling democracy“ (Demokratie verkaufen). Dieses Motto gelte auch heute noch, schreibt die SPD-Fraktion in einem Antrag, der einer Anhörung von Sachverständigen im Hauptausschuss zugrunde lag. Die Sachverständigen waren sich einig darin, dass politische Bildung gefördert werden müsse. Die Meinungen darüber, in welcher Art dies erfolgen solle, gingen jedoch auseinander.

Die SPD-Fraktion fordert in dem Antrag „Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen“ (17/815), die politische Bildung zu stärken. Dabei dürfe „Demokratie leben“ nicht nur Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung sein, sondern „ist Auftrag für uns alle“. Den Trägern der politischen Bildung und der Landeszentrale komme eine besondere Bedeutung zu. Die Rahmenbedingungen seien an die steigenden Herausforderungen anzupassen. Die Fraktion schlägt vor, die Einrichtung eines Kuratoriums für die Landeszentrale für politische Bildung zu prüfen, und fordert die Landesregierung auf, ein Konzept zur Zukunft und stärkeren sozialräumlichen Verankerung der politischen Bildungsarbeit zu entwickeln.

Kooperationspartner

Die Landeszentralen seien Kompetenzträger, Wissensquellen und wichtige Kooperationspartner für die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), sagte Dr. Asiye Öztürk von der BpB. Die Einrichtung eines Kuratoriums halte sie für sinnvoll, wenn es, wie auf Bundesebene, überparteilich besetzt sei. In Zeiten, in denen der Vertrauensverlust in Institutionen zunehme, trage ein überparteiliches Kuratorium zur Legitimierung dieser bei.

Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung (DVPB) begrüßte den Antrag der SPD-Fraktion. Die Landeszentralen seien zentrale Akteure der politischen Bildung und wendeten sich Menschen zu, die nicht im Blick der Politik seien. Die Vereinigung ist der Ansicht, dass sowohl die politische Bildung an Schulen als auch die non-formale Bildung ausgebaut werden müsse. Die Vertreterin der Vereinigung Prof. Bettina Zurstrassen sprach sich für eine Kooperation zwischen schulischer und außerschulischer Bildung aus. Neben einem Kuratorium sei zudem ein Fachbeirat sinnvoll, der mit verschiedenen Akteuren aus Bildung und Wissenschaft besetzt sei.

Dr. Matthias Burchardt von der Universität Köln erklärte in der Anhörung,

die schulische Bildung erreiche alle und vereine alle Milieus. Sie spiegle die Demokratie wider. Die Schulen seien primärer Ort der politischen Bildung, müssten aber erst wieder befähigt werden, diesen Auftrag wahrzunehmen. Es fehle die Fachlichkeit und „Wissen und Kennen von Fakten“ sei verpönt. Der Antrag der SPD-Fraktion sei nicht „mutig und weitgehend“ genug. Es brauche ein Gesamtkonzept zur schulischen und außerschulischen Bildung. Zuerst müsse man sich aber auf die Schulen konzentrieren.

Die Landeszentrale für politische Bildung in Düsseldorf

Foto: Schälte

Prof. Dr. Helmut Bremer von der Universität Duisburg-Essen stimmte vor allem der Akzentuierung einer „politischen Bildung für alle“ zu, die im Antrag der SPD-Fraktion formuliert sei. Insbesondere die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung sei Teil einer demokratisch-politischen Kultur. Es könne bei den bildungsferneren Milieus nicht automatisch auf politisches Desinteresse geschlossen werden. Verschiedene vom Land geförderte Projekte zeigten, dass politikferne Milieus durch „aufsuchende Bildungsarbeit“ zu gewinnen seien. Hier sei es vor allem wichtig, Kooperationen mit Institutionen einzugehen, die der Zielgruppe schon naheständen.

Auch Karima Benbrahim vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDANRW) begrüßte den Antrag der SPD-Fraktion. Gerade jetzt, wo sich autoritäre und demokratiefeindliche Einstellungen weiter verbreiteten, sei politische Bildung wichtig. Dabei spiele die außerschulische Bildung eine wichtige Rolle. Sie ermögliche z.B. Jugendlichen, Partizipation und ein Wirksamkeitsempfinden zu erleben. Auch sei hier eine Reflektion der eigenen politischen Haltung möglich und es würden Themen bearbeitet, die nah am Lebensalltag der Menschen seien. Die Kombination aus schulischer und außerschulischer Bildung sei sinnvoll. ell



Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Klausurtagung: CDU-Fraktion beschließt Positionspapier zur Digitalisierung

Die Zinkfabrik Altenberg des LVR-Industriemuseums in Oberhausen war Tagungsort für die erste Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode. Mit der Wahl dieses Tagungsortes und dem Rundgang durch die Ausstellung „Schwerindustrie“ wollten die 72 Abgeordneten ein deutliches Signal für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen setzen, den Oberhausen wie kaum eine andere Stadt verkörpert. Die riesigen Aggregate, mit denen Stahl und Eisen geschmiedet und bearbeitet wurden, boten aber nicht nur einen beeindruckenden Rahmen für die Tagung; sie gaben auch Anlass zu einem intensiven Meinungsaustausch, wie der Mensch in den Mittelpunkt der kommenden Herausforderungen gerückt werden kann.

Als Ergebnis verabschiedeten die Abgeordneten ein Positionspapier zur Digitalisierung.

Es trägt den Titel „Nordrhein-Westfalen: lokal – global – digital“ und wird als inhaltlicher Impuls sowohl in die geplante Digitalstrategie der Landesregierung einfließen als auch Teil der Debatte auf dem kommenden Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen sein. Nach einem gelungenen Expertengespräch zur Digitalisierung und der Klausurtagung haben wir in diesem Papier die wichtigsten Positionen der Fraktion ausgearbeitet und festgelegt. Wir wollen die Stärken unseres Landes in die digitale Welt übertragen und dabei die Menschen mitnehmen. Das Positionspapier finden Sie unter www.cdu-nrw-fraktion.de.



Foto: Sondermann



Die Landtagsfraktion
CDU

Die Zukunft der Arbeit gestalten – Landtagstalk der SPD-Fraktion

Der digitale Wandel transformiert die Arbeitswelt. Arbeit und Arbeitsabläufe werden in zunehmendem Maße automatisiert und verändern sich. Dieser Begeisterung für neue

technische Möglichkeiten steht eine tiefe gesellschaftliche Verunsicherung gegenüber, ob und welche Tätigkeiten wegfallen könnten. Um über diese Entwicklungen zu diskutieren,

richtete die SPD-Fraktion am 13. März einen Landtagstalk unter dem Titel „Zwischen digitalem Fortschritt und gesellschaftlicher Verunsicherung – Wie gestalten wir die Zukunft der Arbeit?“ aus.

Die über 165 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaft und Öffentlichkeit diskutierten dabei vor allem über die konkreten

Herausforderungen, die sich durch den digitalen Wandel in der Arbeitswelt stellen.

Einig waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer frühzeitig und umfassend in digitale Transformationsprozesse eingebunden werden müssen. Bei der Gestaltung dieses Wandels komme den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zu, etwa bei der betrieblichen Mitbestimmung. Die Aufgabe für die Politik besteht darin, präventive statt reaktive und nachholende Arbeitsmarktpolitik zu betreiben; eine Politik, die den Menschen im Kontext der Digitalisierung in den Mittelpunkt stellt. Die SPD-Fraktion nimmt diese Herausforderung an.



NRW
DIE FRAKTION
SPD

Einführung der Individualverfassungsbeschwerde stärkt die Bürgerrechte

Der Schutz und die Stärkung von Bürgerrechten sind der FDP-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Jetzt haben die Freien Demokraten gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Individualverfassungsbeschwerde vorgelegt. „Mit der Individualverfassungsbeschwerde erhält



der einzelne Bürger ein Instrument, um sich gegen Grundrechtsverstöße beim Vollzug von Landesrecht wehren zu können“, sagt Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

Die Individualverfassungsbeschwerde

stärkt die Rechte des einzelnen Bürgers gegenüber dem staatlichen Handeln auf Landesebene und schließt eine Lücke. Denn bisher kann

der einzelne Bürger keine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof des Landes NRW in Münster einlegen, wenn er seine durch die Landesverfassung gewährleisteten Grundrechte verletzt sieht. Das wollen FDP und CDU ändern. „Die Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger werden durch die Individualverfassungsbeschwerde erweitert“, unterstreicht Christian Mangen, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion (Foto).

„Bereits in der Verfassungskommission haben sich die Freien Demokraten für die Einführung einer Individualverfassungsbeschwerde eingesetzt. Das ist aber am Nichtzustande-

kommen einer Gesamteinigung gescheitert“, sagt Christof Rasche. Umso wichtiger ist es aus Sicht der FDP, das Anliegen jetzt aus der Mitte des Parlaments voranzutreiben. In 11 von 16 Bundesländern ist diese Form der Beschwerdemöglichkeit bereits eingeführt. Mangel: „Diesen positiven Erfahrungen wollen wir folgen.“ Der Gesetzentwurf enthält zugleich einen Filtermechanismus auf relevante Fälle. Damit wird sichergestellt, dass der Verfassungsgerichtshof die zusätzlichen Verfahren zügig und effektiv bearbeiten kann.



Wir brauchen ein Gesamtkonzept für saubere Luft statt eines Lobbyisten als Landeschef

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat die Bundesregierung die Quittung für ihr Nichtstun und ihre Zurückhaltung gegenüber der Autoindustrie bekommen. Spätestens jetzt sollte allen klar sein: Die Luft in den Städten muss schnell verbessert werden – auch um drohende Fahrverbote zu verhindern. Doch die Landesregierung wird nicht aktiv für mehr Gesundheitsschutz und moderne Mobilität. Der Ministerpräsident ist bereits als Braunkohle-Lobbyist unterwegs, nun schlägt er sich auch noch auf die Seite der Autohersteller. Die Gesundheit der Menschen in den Städten wie in der Nähe von Kohle-Kraftwerken hat für Schwarz-Gelb keine Priorität.

Es muss die Autoindustrie sein, die die Hardware von Diesel-Fahrzeugen auf ihre Kosten nachrüstet. Die betrogenen Autobesitzerin-

nen und -besitzer dürfen nicht den Schaden haben. Doch die Landesregierung ist uneins. Während der Verkehrsminister einsieht, dass die Umrüstung notwendig ist, duckt sich Armin Laschet trotz des Abgasskandals weg.

Befremdlich ist seine Äußerung, dass Fahrverbote per se rechtswidrig seien – keine zwei Wochen nachdem das oberste Verwaltungsgericht



Arndt Klocke stellt das Grüne Sofortprogramm vor

anders geurteilt hat. Dass er zudem keine Notwendigkeit für ein Gesamtkonzept für saubere Luft sieht, ist unverantwortliche Arbeitsverweigerung. Es kann nicht das Ziel sein, an den Messstationen durch Minimaßnahmen die Grenzwerte gerade eben einzuhalten. Die Menschen müssen überall und konsequent vor dreckiger Luft geschützt werden. Wir GRÜNE haben ein Sofortprogramm vorgestellt – von der Blauen Plakette über Spuren für Busse und Fahrräder bis zu ÖPNV-Tickets als Abwrackprämie. Langfristig brauchen wir für saubere Luft eine konsequente Mobilitätswende.



AfD-Landesgruppe NRW des Bundestags zu Gast im Landtag

Die AfD ist mittlerweile in das Europaparlament, in 14 Landesparlamente und in den Deutschen Bundestag eingezogen – in alle diese Parlamente jeweils erstmalig. Vor diesem Hintergrund ist ein intensiver Erfahrungsaustausch essentiell für eine wirkstarke Arbeit im Sinne der Bürger.

Am 9. März waren die Abgeordneten unserer NRW-Landesgruppe aus der Bundestagsfraktion zu Gast im Landtag. Neben einer Abstimmung über eine gemeinsame Positionierung zu den derzeit wichtigsten Themen standen Synergie-Effekte und Maßnahmen zur Optimierung fraktioneller Abläufe im Vordergrund. Ein weiteres wesentliches Thema war die Effizienzsteigerung in der Ausschussarbeit.

Dabei wurde vor allem auch sehr deutlich, wie umfangreich beide Seiten von den bisher gemachten Erfahrungen profitieren können. Interessant und teilweise auch überraschend waren die bisher zu identifizierenden Gemeinsamkeiten und eben auch Unterschiede zwischen den beiden

Parlamenten. Neben dem Versprechen, diesen Arbeitskreis künftig in regelmäßigen Abständen zu wiederholen, wurde ganz konkret die Erarbeitung eines Konzepts zur interfraktionellen Zusammenarbeit bei gemeinsamen Themenkomplexen vereinbart.

Der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner zog daher ein äußerst positives Resümee: „Statt ständig zu versuchen, das Rad neu zu erfinden, sollte man sich einfach mal ganz vertrauensvoll auf die Erfahrungen der Kollegen verlassen. Ein guter Anfang einer vielversprechenden Kooperation!“



Grundstücksgröße:

30.064 m²

Höhe:

21 m

Breite:

105 m

Verbaute Sandstein innen und außen, rund:

10.000 m²

Fensterfläche:

28.536 m²

Fenster:

2.124

Türen:

2.377

Büroräume:

603

Sitzungsräume:

25

Toilettenräume:

43

Aufzüge:

14

Sitzplätze im Restaurant:

380

Parkplätze in der Garage:

787

FORUM

Der Landtag in Zahlen

Der Landtag am Rhein beeindruckt seit 30 Jahren mehr als 70.000 Besucherinnen und Besucher pro Jahr durch seine Einzigartigkeit. Dabei steht der kreisrunde Plenarsaal im Mittelpunkt des Gebäudes. Im zweiten Teil der Serie „30 Jahre Landtag am Rhein“ stellen wir das Gebäude in Zahlen vor.





30 Jahre Landtag
am Rhein

Der Plenarsaal



Größe:

725 m²

Sitzplätze für die Landesregierung:

44

Durchmesser:

30 m

Größe der Zuschauertribüne:

413 m²

Sitzplätze für Abgeordnete:

199

Plätze der Zuschauertribüne:

336

Sitzplätze für Präsident, Schriftführer und
Landtagsverwaltung für die Sitzungsleitung:

5

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I | [17/1046](#), [17/2170](#), [17/1249](#), [17/1990](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. März 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 21. März 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes | [17/2113](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 21. März 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz | [17/2166](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 21. März 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes | [17/2114](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 21. März 2018 | Überweisung an den Innenausschuss

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/2115](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. März 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung

Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes | [17/2122](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 22. März 2018 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/1817](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 |

[17/1981](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (21. Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (16. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/1565](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes | [17/1414](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | Anhörung am 11. April 2018



Porträt: Christof Rasche (FDP)



Politik liegt in seinem Erbgut. Der 55-jährige Christof Rasche hat auf seinem Weg bis zum Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion an Vieles anknüpfen können, was ihm seine Familie in die Wiege gelegt hatte. Im westfälischen Erwitte lenkte sein Vater bereits die Geschicke der Stadt als Bürgermeister, da war Sohn Christof gerade sieben Jahre alt. Als sein Vater knapp zehn Jahre später von der heimischen CDU nicht wieder aufgestellt wurde, zog Christof Rasche, der damals, 1979, als 16-jähriger Schüler in der Jungen Union aktiv war, gemeinsam mit seinem älteren Bruder Konsequenzen. Der Bruder gründete in Erwitte einen FDP-Ortsverband. Und Christof Rasche begleitete ihn beim Aufbau. Das war der Beginn eines steilen Aufstiegs, zunächst in der Kommunalpolitik. Bereits 1994 wurde Rasche FDP-Fraktionschef im Rat. Während landesweit die FDP aus den Räten flog, behauptete sich Rasches Liberale Partei in Erwitte mit acht Prozent der Wählerstimmen.

Der damalige FDP-Landeschef Jürgen W. Möllemann wurde auf das „gallische Dorf“ in Westfalen aufmerksam, als Rasche mit seinem Team bei der Kommunalwahl 1999 stolze 18,5 Prozent errang: das beste Ergebnis in NRW. Der FDP-Chef ermunterte ihn, sich um ein Landtagsmandat zu bewerben. „Mich kannte auf Landesebene damals keiner, deshalb hatte ich auch keine innerparteilichen Gegner“, erinnert sich der Politiker. Auf Antrieb schaffte Rasche, der sich selbst als „Netzwerker“ sieht, im Jahr 2000 den Listenplatz für ein Parla-

mentsmandat. Mit der Erfolgsstory Erwitte konnte er punkten. 2014 erreichte die FDP in diesem Städtchen sogar 20,1 Prozent bei den Kommunalwahlen.

Bei all diesen Erfolgen blieb Rasche bodenständig. Er ist verheiratet und hat einen Sohn. 22 Jahre arbeitete er sich bei der Erwitter Sparkasse vom Lehrling zum Geschäftsstellenleiter hoch. Dort erfuhr er hautnah von den Problemen der Menschen. Etwa bei einer Kundin, die vor dem Tresen stand und 5 Mark abheben wollte. Weil sie im Minus war und kein Einkommen hatte, durfte er nichts auszahlen. „Ich tat es trotzdem“, erinnert er sich – und zog sich prompt einen Rüffel der Vorgesetzten ein. „Es ist immer ein schmaler Grat, auf dem man geht, das gilt auch für die Politik“, sagt Rasche.

„Respekt vor dem Gegner“

In Beruf und Politik habe er nur deshalb erfolgreich sein können, weil andere ihm den Erfolg auch gegönnt und ihn gefördert haben, glaubt er. Vielleicht hat seine geradlinige Haltung dazu beigetragen. Sehr wichtig ist ihm, dass andere wissen, dass man auf sein Wort vertrauen kann. „Das trägt auf Dauer.“ Dabei kann er durchaus auch sehr kantig sein. Dies ist eine Eigenschaft, die er sich als aktiver Handballspieler zu eigen gemacht hat. Als „Kreisläufer“ vor dem gegnerischen Tor geht es hart zur Sache und er musste schon einmal einen Zahn opfern. Im Sport wie auch in der Politik gelte: Man muss Respekt vor dem Gegner haben.

In Düsseldorf muss der Westfale indes keine Sorge vor Rempelen haben. Die regelmäßigen Sitzungen im Koalitionsausschuss mit der CDU verliefen geradezu harmonisch. Und dass er mit der SPD keine Berührungsängste hat, bewies er schon während der Fußball-WM 2006. Die SPD hatte damals vor ihrer Fraktion zum Tischfußball-Turnier eingeladen und Rasche, damals FDP-Fraktionsvize, war einer der wenigen Landtagsabgeordneten, die die Ärmel hochkrepelten und mitmachten, selbst im Doppel mit Grünen-Fraktionsmitarbeitern. Sport verbindet eben – überparteilich.

Heinz Tutt

Zur Person

Christof Rasche (55) ist seit 2000 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Von 2002 bis 2012 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender, danach bis 2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion. Seit Oktober 2017 ist Rasche Fraktionschef.

Landtagspräsident zu Besuch im Bundestag

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat sich am 7. März 2018 zu einem Arbeitsgespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestags, Dr. Wolfgang Schäuble, im Reichstagsgebäude in Berlin getroffen. Die beiden Landtagspräsidenten tauschten sich dabei über Fragen der Geschäftsordnungen von Landtag NRW und Bundestag sowie die aktuellen Herausforderungen der Parlamente aus.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die Demokratiestärkung durch Schülerprogramme der Parlamente. Präsident Kuper hatte bereits im Dezember vergangenen Jahres ein Maßnahmenpaket vorgestellt, um noch mehr nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schülern einen Kontakt mit dem Landtag zu ermöglichen.

Präsident Kuper sagte: „In den Parlamenten schlägt das Herz der Demokratie. Hier werden die Debatten zu den politischen Herausforderungen unserer Zeit geführt und die Entscheidungen getroffen, die den Alltag jeder Bürgerin und jedes Bürgers beeinflussen. Daher ist der ständige Austausch untereinander immens wichtig, um die Fragen unserer Zeit beantworten zu können und unsere parlamentarische Demokratie zu stärken. Umso mehr freue ich mich über mein heutiges Gespräch mit Bundestagspräsident Dr. Schäuble.“

Präsidium verurteilt Hackerangriff

Das Präsidium des Landtags hat sich schockiert über einen Eingriff in die Privatsphäre der Abgeordneten Christina Schulze Föcking gezeigt. Landtagspräsident André Kuper erklärte am 19. März 2018 auch im Namen der Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie des Vizepräsidenten Oliver Keymis: „Das Parlament ist ein Ort der politischen Auseinandersetzung. Diese Auseinandersetzung wird oftmals hart in der Sache geführt. Das Präsidium des Landtags achtet aber darauf, dass sie stets fair ist und dass die Regeln des persönlichen Anstandes gewahrt werden. Umso mehr hat uns die Nachricht vom massiven Eingriff in die Privatsphäre der Abgeordneten Christina Schulze Föcking schockiert. Wir verurteilen diesen Eingriff auf das Schärfste und werten ihn als einen Angriff auf das gesamte Parlament. Der Abgeordneten Schulze Föcking und ihrer Familie versichern wir unsere Solidarität und unser Mitgefühl.“ Unbekannte hatten offenbar einen Fernseher im Privathaus der Abgeordneten gehackt.

Kurz notiert

Besucherzentrum

Lust auf einen Urlaubsausflug nach Düsseldorf? Das Besucherzentrum des Landtags NRW ist jedenfalls an den Wochenenden des 24. und 25. März 2018 sowie des 7. und 8. April 2018 geöffnet, jeweils samstags und sonntags von 11 bis 17 Uhr, und kann kostenlos und ohne vorherige Anmeldung besucht werden. Es bleibt nur am Osterwochenende, 31. März und 1. April 2018, geschlossen. Im Mittelpunkt eines Films auf der 240-Grad-Panorama-Leinwand, der jeweils zur halben und zur vollen Stunde gezeigt wird, stehen die Landtagswahl am 14. Mai 2017 und der Start in die neue Wahlperiode. Interessierte können zudem an acht Stelen interaktiv Informationen über verschiedene Aspekte der parlamentarischen Arbeit abrufen – von Informationen über Land und Leute über die Abgeordneten bis zur Entstehung eines Gesetzes. Sie können die exemplarische Arbeitswoche einer oder eines Abgeordneten mitgestalten oder bei einem Quiz ihr Wissen zu Land und Landtag testen.

„Tour der Begegnung“

Am 12. März 2018 hat im Landtag die Auftaktveranstaltung zur „Tour der Begegnung“ stattgefunden. Landtagspräsident André Kuper konnte rund 170 Schülerinnen und Schüler aus sechs Förderschulen sowie allgemeinen Schulen begrüßen. Er sagte: „Eure Botschaft ist wichtig: In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, unterschiedlich zu sein.“ Kuper konnte sich außerdem über die Verleihung des „Goldenen Mitmännchen“ freuen, den er von den Kindervertretern überreicht bekam. Die Auszeichnung ist ein Dank für den Einsatz für die Inklusion. Als besondere Überraschung schauten dann auch noch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und seine Ehefrau Elke Bündenbender, die an diesem Tag ihren Antrittsbesuch im Landtag absolvierten (Bericht im Innenteil auf den Seiten 10-11), bei den Schülerinnen und Schülern vorbei. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) veranstaltet alle zwei Jahre die „Tour der Begegnung“, die das Ziel hat, die gesellschaftliche Inklusion zu stärken.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint in der Woche nach den Plenartagen vom 25. und 26. April 2018.

Gestorben

19.3. Lukas Schaa (CDU/91) MdL 1970-1985

Ausstellung zum „Phönix“

Noch bis 15. April 2018 ist in der Bürgerhalle des Landtags eine Ausstellung zur Skulptur „Der Phönix“ des Bildhauers, Grafikers und Malers Ewald Mataré (1887–1965) zu sehen. Der in Aachen geborene und in Meerbusch-Büderich verstorbene Künstler hatte die Skulptur 1949 ursprünglich für das Ständehaus, den früheren Sitz des Landtags, geschaffen. Der aus seiner Asche neu aufstehende Phönix sollte die Hoffnung auf einen demokratischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg zum Ausdruck bringen. Das Ständehaus in Düsseldorf war als Sitz des Landtags das Zentrum dieses Neubeginns in Nordrhein-Westfalen. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr nach vorheriger Anmeldung unter 0211 884-2129 oder veranstaltungen@landtag.nrw.de zu sehen. An Wochenenden ist von 11 bis 17 Uhr eine Besichtigung ohne Anmeldung möglich.

Foto: Schälte

